



# AMTSBLATT DER GEMEINDE UNTERBREIZBACH

Jahrgang 13

Donnerstag, den 19. Februar 2015

Nummer 4

## Amtliche Bekanntmachungen

### Protokoll der Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Unterbreizbach am 21.03.2014 in der Weinstube des Kulturhauses Unterbreizbach

In Vorbereitung der Mitgliederversammlung wurde am 22.01.2014 eine Vorstandssitzung durchgeführt. Die Tagesordnungspunkte wurden vorbereitet und die neue Satzung beraten. Die Modalitäten der Vorstandswahl und die Rechnungsprüfung durch die Kassenrevision wurden vorabgestimmt.

Nach der Begrüßung wurde die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Von den verpachteten Flächen lt. Jagdkataster waren 19 Jagdgenossen erschienen. Davon vertraten 6 Anwesende ihre Familienangehörigen, so dass in Summe 264,9 ha der jagdbaren Fläche in der Versammlung vertreten waren.

Im Bericht des Vorstandes (TOP 2) wurde darauf eingegangen, dass seit 2010 die Jagd neu an die Jagdgenossen Bernd Busse und Fritz Titz verpachtet wurde. Wie bisher ist dieser Pachtvertrag für den Gemeinschaftsjagdbezirk vom Jagdvorsteher der Jagdgenossenschaft als auch für die nicht festgestellten Eigenjagdbezirke der Gemeinde Unterbreizbach entsprechend des Beschlusses des Gemeinderates vom 27.04.2000 durch den Bürgermeister unterzeichnet worden.

Auf die Probleme in der Kassenführung durch die Anstandstätigkeit der Kassiererin wurde kurz hingewiesen. Seit Januar 2014 wurden die laufenden Kassenbelege und Rechnungen für eine ordnungsgemäße Rechnungsprüfung vorbereitet.

Durch den Vorstand wurden 2 Probleme angesprochen:

1. Durch die Jagdgenossenschaft wurden den Jägern 325EUR für Wildreflektoren ausgezahlt, die nach Rücksprache mit dem Straßenbauassträger an Begrenzungspfosten angebracht wurden. Da es sich hier ausschließlich um Gemeindejagdflächen handelt, wurde der Bürgermeister angesprochen, ob diese Summe von der Gemeinde übernommen werden könne, wurde dieses Ansinnen mit der Bemerkung „Der bestellt, der bezahlt“ verneint. Die Mitgliederversammlung befürwortete das Anbringen und die Kostenübernahme.
2. Von K+S wurde in 2013 kein Jagdausfall für die sogenannte Kalittransportstraße gezahlt. Damit entstand bis zur Mitgliederversammlung ein Fehlbetrag für 2013 in Höhe von ca. 920EUR. Auch hier handelt es sich ausschließlich um Gemeindeflächen der nicht festgestellten Eigenjagdbezirke (Anmerkung bei Niederschrift: Der Fehlbetrag wurde für 2013 in voller Höhe durch K+S, auf Nachfrage durch den Jagdvorstand beglichen. Für 2014 besteht keine Regelung durch den angesprochenen Bürgermeister Herrn Ernst

Es folgte als TOP4 der Bericht des Kassenprüfers über die Rechnungsprüfung durch die Kassenrevision. Nach Berücksichtigung der Fehlbeträge bei Wildreflektoren und Jagdausfall gab es keine Differenzen bei den vorliegenden Kassenbelegen und den getätigten Zahlungen. Der aktuelle Kassenbestand betrug zum Zeitpunkt der Rechnungsprüfung am 2.12.2013:

gesamt: 6.670,07 EUR am 27.1.2014

Die Rechnungsprüfung durch die Kassenrevision empfahl, den Vorstand und den Kassenführer zu entlasten.

(Anmerkung bei Niederschrift: am 27.1.2014 wurde von K+S für 2013 der Jagdausfall für 2013 nach Rücksprache durch den Jagdvorsteher in Höhe von 920,- EUR nachgezahlt, nach Abzug der Kosten für die Mitgliederversammlung betrug Kontostand am 31. 3. 2014 7290,07 EUR und zum 1. 1. 2015 : 7457,57 EUR . Für 2014 wurde der Gemeinde Unter-

breizbach keine Jagdpacht ausgezahlt, da für die EJB des Gemeindevorstandes kein Jagdausfall durch K+S für 2014 gezahlt wurde)

Im TOP 5 gab es keine Anfragen zu den Berichten des Vorstandes, des Kassenwartes und der Kassenrevision.

Im TOP 6 wurde der alte Vorstand und der Kassenführer einstimmig von der Mitgliederversammlung entlastet.

Zu TOP 7 wurden die Vorschläge des Vorstandes zu interessierten neuen und weiterhin verfügbaren Mitarbeitern den Jagdgenossen vorgestellt.

Entsprechend der älteren Satzung wurden in der Versammlung von den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft Unterbreizbach gewählt:

Vorsteher:	Herr Meinhard Pforr
stellvertretender Vorsteher:	Herr Bernd Adler
Kassenführer:	Frau Verena Barthel
Schriftführer:	Herr Roland Führer
1. Beisitzer:	Herr Rainer Krug
2. Beisitzer:	Herr Ernst Faber
1. Rechnungsprüfer:	Herr Gerhard Führer
2. Rechnungsprüfer:	Herr Gerd Luther

Zu TOP 8 gab der Jäger Willi Titz die Abschusszahlen für 2013 bekannt:

Stk. Schwarzwild:	2	
Stk. Rehwild:	8	davon Stk. Fallwild: 2
Stk. Füchse:	7	Unfallwild: 3

Trotz der hohen Fallwildzahlen wurde die positive Wirkung der Wildwarner hervorgehoben. Kritisiert wurden die hohen Geschwindigkeiten, die auf der K6 gefahren werden. Ebenfalls negativ wirken sich die freilaufenden Hunde im Wald aus.

Im TOP 9 wurde die neue Satzung der Jagdgenossenschaft Unterbreizbach vorgestellt. Diese wurde an die aktuelle Gesetzeslage angepasst und bereits im Vorfeld mit der unteren Jagdbehörde abgestimmt. Die Satzung wurde einstimmig beschlossen und angenommen.

Unter TOP 10 wurde über die letzte Auszahlung der Jagdpacht diskutiert. Es bestand Einigkeit, in 2014 keine Jagdpacht an die Jagdgenossen ausbezahlen und einen höheren Betrag/ha als Auszahlung abzuwarten. Dies sollte im Protokoll vermerkt werden.

Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden gab es ein gemütliches Beisammensein. Das Interesse an der Jagd hat unter den Jagdgenossen spürbar zugenommen, was auch an vielen neuen Mitgliedern im Jagdvorstand ersichtlich ist

### Pforr, Jagdvorsteher Adler, stellv. Jagdvorsteher

#### Anhang:

Anwesendheits- und Vertretungsliste der Mitgliederversammlung v. 21.03.2014

## Satzung der Jagdgenossenschaft Unterbreizbach

### § 1 Name und Sitz der Jagdgenossenschaft

(1) Die Jagdgenossenschaft des gemeinschaftlichen Jagdbezirks Unterbreizbach

ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach § 11 Abs. 1 des Thüringer Jagdgesetzes (ThJG). Sie führt den Namen

„Jagdgenossenschaft Unterbreizbach“

und hat ihren Sitz in Unterbreizbach

(2) Aufsichtsbehörde ist der Landkreis / der kreisfreie Stadt Wartburgkreis als untere Jagdbehörde.

**§ 2 Gemeinschaftlicher Jagdbezirk**

- (1) Der gemeinschaftliche Jagdbezirk umfasst nach § 8 des Bundesjagdgesetzes, mit Ausnahme der Eigenjagdbezirke alle Grundflächen der Stadt/Gemeinde Unterbreizbach zuzüglich der angegliederten und abzüglich der abgetrennten Grundflächen.
- (2) Der gemeinschaftliche Jagdbezirk wird begrenzt durch Gemarkung Unterbreizbach.  
(Grenzbeschreibung, Anlage)

**§ 3 Mitglieder der Jagdgenossenschaft**

- (1) Mitglieder der Jagdgenossenschaft (Jagdgenossen) sind die Eigentümer der Grundflächen, die den gemeinschaftlichen Jagdbezirk bilden. Eigentümer von Grundflächen des gemeinschaftlichen Jagdbezirks, auf denen die Jagd nicht ausgeübt werden darf, gehören nach § 9 Abs. 1 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes der Jagdgenossenschaft nicht an.
- (2) Die Jagdgenossenschaft führt ein Jagdkataster, in dem alle Eigentümer der zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörenden Grundflächen und die Größe der Grundflächen ausgewiesen werden. Zu diesem Zweck haben die Jagdgenossen vor Ausübung ihrer Mitgliedschaftsrechte dem Jagdvorstand alle zur Anlegung dieses Verzeichnisses erforderlichen Unterlagen (Grundbuchauszüge) unaufgefordert vorzulegen. Das Jagdkataster ist fortzuführen. Durch Eigentumswechsel eingetretene Veränderungen hat der Erwerber dem Jagdvorstand nachzuweisen. Das Jagdkataster liegt für die Jagdgenossen und deren schriftlich bevollmächtigte Vertreter für ihren Grundbesitz zur Einsicht in Unterbreizbach bei dem Jagdvorstand offen.
- (3) Die Größe der bejagbaren Fläche ist zum 1. April eines jeden Jahres festzustellen, getrennt nach Wald-, Feld- und Wasserflächen.

**§ 4 Aufgaben der Jagdgenossenschaft**

- (1) Die Jagdgenossenschaft verwaltet unter eigener Verantwortung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit alle Angelegenheiten, die sich aus dem Jagdrecht der ihr angehörenden Jagdgenossen ergeben. Sie hat insbesondere die Aufgabe, das ihr zustehende Jagdausübungsrecht im Interesse der Jagdgenossen zu nutzen und für die Lebensgrundlagen des Wildes in angemessenem Umfang und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu sorgen.
- (2) Ihr obliegt nach Maßgabe des § 29 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes der Ersatz des Wildschadens, der an den zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörenden Grundstücken entsteht. Die Jagdgenossenschaft kann über den Jagdpachtvertrag die Erstattung des Wildschadens dem Jagdpächter ganz oder teilweise übertragen.

**§ 5 Organe der Jagdgenossenschaft**

Die Organe der Jagdgenossenschaft sind:

1. die Versammlung der Jagdgenossen,
2. der Jagdvorstand und
3. der Jagdvorsteher.

**§ 6 Versammlung der Jagdgenossen**

- (1) Die Versammlung der Jagdgenossen beschließt die Satzung und deren Änderungen. Sie wählt
1. den Vorsitzenden des Jagdvorstands (Jagdvorsteher und dessen Stellvertreter),
  2. mindestens zwei Beisitzer,
  3. einen Schriftführer,
  4. einen Kassenführer und
  5. zwei Rechnungsprüfer.
- (2) Die Versammlung der Jagdgenossen beschließt weiterhin über
1. den Haushaltsplan,
  2. die Entlastung des Jagdvorstands,
  3. die Abrundung, Zusammenlegung und Teilung innerhalb des Gemeinschaftsjagdbezirks,
  4. den Erwerb oder die Anpachtung von Grundflächen für Maßnahmen der Jagdbezirksgestaltung oder Äsungsverbesserung,
  5. die Art der Jagdnutzung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks,
  6. die Art der Verpachtung und die Pachtbedingungen,
  7. die Erteilung des Zuschlags bei der Jagdverpachtung,
  8. die Änderung und Verlängerung laufender Jagdpachtverträge,
  9. die Zustimmung zur Weiterverpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks und zur Erteilung von Jagderlaubnisscheinen auf Dauer,
  10. die Verwendung des Reinertrags der Jagdnutzung und den Zeitpunkt seiner Ausschüttung,
  11. die Anstellung eines Berufsjägers oder bestätigten Jagdaufsehers,
  12. die Erhebung von Umlagen zum Ausgleich des Haushaltsplans,
  13. die Zustimmung zu Dringlichkeitsentscheidungen des Jagdvorstands nach § 9 Abs. 8 Satz 2 und
  14. die Festsetzung von Aufwandsentschädigungen für den Jagdvorstand und den Jagdvorsteher.

Die Versammlung der Jagdgenossen darf Entscheidungen nach Satz 1 nicht auf den Jagdvorstand übertragen.

- (3) Die Versammlung der Jagdgenossen kann den Jagdvorstand ermächtigen, die Führung der Kassengeschäfte durch öffentlich-rechtlichen Vertrag der Stadt-/Gemeindekasse von Unterbreizbach zu übertragen. Mit dem Wirksamwerden des Vertrags entfällt die Wahl des Kassenführers.

**§ 7 Durchführung der Versammlung der Jagdgenossen**

- (1) Die Versammlung der Jagdgenossen ist vom Jagdvorsteher wenigstens einmal im Geschäftsjahr (§ 14 Abs. 2) einzuberufen. Der Jagdvorsteher muss die Versammlung der Jagdgenossen auch einberufen, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Jagdgenossen oder der Jagdvorstand die Einberufung bei ihm schriftlich unter Angabe der auf die Tagesordnung zu setzenden Angelegenheiten beantragt oder wenn die untere Jagdbehörde dies im Wege der Aufsicht anordnet.
- (2) Die Versammlung der Jagdgenossen soll am Sitz der Jagdgenossenschaft stattfinden. Sie ist nicht öffentlich, ausgenommen die Versammlung zur Versteigerung der Jagd oder zur Öffnung der Gebote bei öffentlicher Ausbietung. Der Jagdvorsteher kann einzelnen Personen die Anwesenheit gestatten. Der unteren Jagdbehörde ist die Anwesenheit jederzeit gestattet.
- (3) Die Einladung zur Versammlung der Jagdgenossen ergeht durch ortsübliche Bekanntmachung (§ 15). Sie muss mindestens eine Woche vorher erfolgen und Angaben über den Ort und den Zeitpunkt der Versammlung sowie die Tagesordnung enthalten.
- (4) Den Vorsitz in der Versammlung der Jagdgenossen führt der Jagdvorsteher. Für die Abwicklung bestimmter Angelegenheiten, insbesondere zur Leitung einer öffentlichen Versteigerung, kann ein anderer Versammlungsleiter durch den Jagdvorsteher bestellt werden.
- (5) Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ können Beschlüsse nach § 6 nicht gefasst werden.
- (6) Über die Versammlung der Jagdgenossen ist die untere Jagdbehörde mindestens zwei Wochen vor dem Termin zu unterrichten.

**§ 8 Beschlussfassung der Versammlung der Jagdgenossen, Wahl**

- (1) Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossen bedürfen nach § 9 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes sowohl der Mehrheit der anwesenden und vertretenen Jagdgenossen als auch der Mehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen Grundfläche. Stimmenthaltungen werden bei der Berechnung der Stimmenmehrheit mitgezählt. Miteigentümer oder Gesamthandseigentümer eines zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehörenden Grundstücks haben zusammen nur eine Stimme und können das Stimmrecht nur einheitlich ausüben. Der abstimmende Miteigentümer oder Gesamthandseigentümer gilt als Vertreter der anderen Mitberechtigten.
- (2) Beschlüsse nach § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 bis 9 sind schriftlich unter Verwendung von Stimmzetteln zu fassen. Das Gleiche gilt für sonstige Beschlüsse, wenn ihr Zustandekommen nach Absatz 1 Satz 1 nicht einwandfrei festgestellt werden kann. Der Jagdvorstand hat die Unterlagen der schriftlichen Abstimmungen mindestens ein Jahr lang, im Fall der Beanstandung oder Anfechtung des Beschlusses für die Dauer des Verfahrens aufzubewahren.
- (3) Bei der Beschlussfassung der Jagdgenossenschaft kann sich jeder Jagdgenosse durch seinen Ehegatten, durch einen volljährigen Verwandten in gerader Linie oder dessen Ehegatten, durch eine in seinem Dienst ständig beschäftigte volljährige Person oder durch einen bevollmächtigten, volljährigen, derselben Jagdgenossenschaft angehörenden Jagdgenossen vertreten lassen. Für die Erteilung der Vollmacht an einen Jagdgenossen ist die schriftliche Form erforderlich. Ein bevollmächtigter Vertreter darf höchstens drei Jagdgenossen vertreten. Für juristische Personen handeln ihre verfassungsmäßig berufenen Organe oder deren Beauftragte.
- (4) Über den wesentlichen Verlauf und die Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossen ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus ihr muss insbesondere hervorgehen, wie viele Jagdgenossen anwesend oder vertreten waren und welche Grundfläche von ihnen vertreten wurde, ferner der Wortlaut der gefassten Beschlüsse und die Angabe der Mehrheit nach Kopffzahl und Fläche, mit der sie gefasst wurden. Die Niederschrift ist vom Jagdvorstand und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Jagdbehörde ist innerhalb eines Monats über die Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossen zu unterrichten.
- (5) Die Absätze 1, 3 und 4 gelten auch für die von der Versammlung der Jagdgenossen durchzuführenden Wahlen (§ 6 Abs. 1 Satz 2) entsprechend, mit der Maßgabe, dass die Mehrheit der anwesenden und vertretenen Jagdgenossen entscheidet. Wahlen nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 sind schriftlich unter Verwendung von Stimmzetteln durchzuführen.

**§ 9 Jagdvorstand**

- (1) Der Jagdvorstand besteht aus dem Jagdvorsteher, seinem Stellvertreter und mindestens zwei Beisitzern. Die Beisitzer können auch die Funktion des Schriftführers und des Kassenführers übernehmen.
- (2) Wählbar für den Jagdvorstand ist jeder Jagdgenosse oder, in Ausnahmefällen, dessen Ehegatte oder ein Verwandter in gerader Linie oder dessen Ehegatte, der volljährig und geschäftsfähig ist. Ist eine Personengemeinschaft oder eine juristische Person Mitglied der Jagdgenossenschaft, so sind auch deren Vertreter wählbar.
- (3) Der Jagdvorstand wird für eine Amtszeit von fünf Geschäftsjahren (§ 14 Abs. 2) gewählt. Die Amtszeit beginnt mit dem auf die Wahl folgenden Geschäftsjahr, es sei denn, dass zum Zeitpunkt der Wahl kein gewählter Jagdvorstand vorhanden ist; in diesem Fall beginnt sie mit der Wahl und verlängert sich um die Zeit von der Wahl bis zum Beginn des nächsten Geschäftsjahres. Die Amtszeit verlängert sich bis zur Wahl eines neuen Jagdvorstands um höchstens drei Monate, sofern innerhalb der letzten drei Monate vor dem Ende der satzungsmäßigen Amtszeit mindestens eine Versammlung der Jagdgenossen stattgefunden hat und es in dieser nicht zur Wahl eines neuen Jagdvorstands gekommen ist.

- (4) Der Schriftführer und der Kassenführer werden für die gleiche Amtszeit wie der Jagdvorstand gewählt; Absatz 3 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.
- (5) Endet die Amtszeit des Jagdvorstands vorzeitig durch Tod, Rücktritt oder Verlust der Wählbarkeit, so ist für den Rest der Amtszeit innerhalb angemessener Frist, spätestens in der nächsten Versammlung der Jagdgenossen, eine Ersatzwahl vorzunehmen. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn ein anderer Funktionsträger vorzeitig ausscheidet.
- (6) Der Jagdvorstand fasst den Beschluss über den Abschussplanvorschlag, den der Jagdbezirksinhaber zur Herstellung des Einvernehmens nach § 32 Abs. 1 ThJG vorgelegt hat. Er befasst sich außerdem mit der Empfehlung der Hegegemeinschaft oder des Vorsitzenden der Hegegemeinschaft zur Abschussplanung (§ 13 Abs. 2 ThJG). Die Versammlung der Jagdgenossen kann dem Jagdvorstand unter Beachtung des § 6 Abs. 2 Satz 2 weitere Aufgaben übertragen.
- (7) Ein Mitglied des Jagdvorstands darf bei Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst oder einem Angehörigen oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.
- (8) In Angelegenheiten, die an sich der Beschlussfassung durch die Versammlung der Jagdgenossen unterliegen, entscheidet der Jagdvorstand, falls die Erledigung keinen Aufschub duldet. In diesen Fällen hat der Jagdvorstand unverzüglich die Zustimmung der Versammlung der Jagdgenossen einzuholen. Diese kann die Dringlichkeitsentscheidung aufheben, soweit nicht schon Rechte Dritter entstanden sind.
- (9) Die Mitglieder des Jagdvorstands und die sonstigen Berufenen sind ehrenamtlich tätig.

**§ 10 Sitzungen des Jagdvorstands**

- (1) Der Jagdvorstand tritt auf Einladung des Jagdvorstehers nach Bedarf zusammen. Er muss einberufen werden, wenn ein Mitglied dies schriftlich beantragt.
- (2) Der Jagdvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Jagdvorstehers.
- (3) Die Sitzungen des Jagdvorstands sind nicht öffentlich. Der Schriftführer und der Kassenführer sollen, auch wenn sie nicht dem Jagdvorstand angehören, an dessen Sitzungen teilnehmen. Sie sind zu den Sitzungen einzuladen. Der Jagdbehörde ist die Anwesenheit jederzeit gestattet.

**§ 11 Jagdvorsteher**

- (1) Der Jagdvorsteher führt die laufenden Geschäfte der Jagdgenossenschaft, sofern diese nicht ausdrücklich dem Jagdvorstand oder der Versammlung der Jagdgenossen zugewiesen sind. Er hat die Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossen vorzubereiten und durchzuführen. Insbesondere obliegt ihm
  - 1. die Aufstellung des Haushaltsplans und dessen Einhaltung bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel nach § 14 Abs. 1 Nr. 2,
  - 2. die Anfertigung der Jahresrechnung (Kassenbericht),
  - 3. die Überwachung der Schrift- und Kassenführung,
  - 4. die Aufstellung des Verteilungsplans für die Auszahlung des Reinertrags an die einzelnen Jagdgenossen und
  - 5. die Feststellung der Höhe der Umlagen für die einzelnen Mitglieder.
 Die Versammlung der Jagdgenossen kann diese Aufgaben dem Jagdvorstand übertragen.
- (2) Der Jagdvorsteher vertritt die Jagdgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsvollmacht ist auf die Durchführung der gesetzmäßig und ordnungsgemäß gefassten Beschlüsse der Versammlung der Jagdgenossen und des Jagdvorstands beschränkt.

**§ 12 Kassenführer**

- (1) Der Kassenführer muss gut beleumundet und seine wirtschaftlichen Verhältnisse müssen geordnet sein.
- (2) Der Kassenführer ist dem Jagdvorsteher, der sich laufend über den Zustand und die Führung der Genossenschaftskasse zu unterrichten hat und das Recht sowie die Pflicht zur unvermuteten Kassenprüfung besitzt, für die ordnungsgemäße Führung der Genossenschaftskasse verantwortlich.
- (3) Kassenführer kann nicht sein, wer zur Erteilung von Kassenanordnungen befugt ist.

**§ 13 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen**

- (1) Die Jagdgenossenschaft stellt für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan auf, wenn der Umfang der Geschäfts- und Wirtschaftsführung dies erfordert. Übt die Jagdgenossenschaft die Jagd auf eigene Rechnung aus, so ist ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan muss ausgeglichen sein.
- (2) Zum Ende des Geschäftsjahres ist eine Jahresrechnung (Kassenbericht) zu erstellen, die den Rechnungsprüfern zur Prüfung und der Versammlung der Jagdgenossen zur Entlastung des Jagdvorstands vorzulegen ist. Führt die Prüfung zur Feststellung erheblicher Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Haushalts- und Kassenführung, so wird dem Jagdvorstand Entlastung erst erteilt, wenn die Mängel ordnungsgemäß behoben sind.
- (3) Die Rechnungsprüfer werden für die gleiche Amtszeit wie der Jagdvorstand gewählt; § 9 Abs. 3 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung. Rechnungsprüfer kann nicht sein, wer dem Jagdvorstand angehört oder zu dem Jagdvorstand in einer Beziehung der in § 9 Abs. 7 bezeichneten Art steht.

**§ 14 Kassenverwaltung, Geschäfts- und Wirtschaftsführung**

- (1) Für die Kassengeschäfte gelten folgende Grundsätze:
  - 1. Die Annahme- und Auszahlungsanordnungen der Jagdgenossenschaft sind vom Jagdvorsteher zu unterzeichnen. Sie sind hinsichtlich der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit der Angaben in den Kassenanordnungen vom Kassenführer gegenzuzeichnen.
  - 2. Für den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Reihenfolge und gegebenenfalls nach der im Haushaltsplan vorgesehener Ordnung wird durch den Jagdvorstand ein Kassenbuch geführt, das nach Einnahmen, Ausgaben, Verwahrungen, Vorschüssen, Geldbestand und -anlagen zu gliedern ist. Das Kassenbuch dient zusammen mit den entsprechenden Belegen als Rechnungslagebuch. Diese Unterlagen sind mindestens zehn Jahre aufzubewahren.
  - 3. Der Kassenführer hat dafür zu sorgen, dass die Einnahmen der Jagdgenossenschaft rechtzeitig eingehen und die Auszahlungen ordnungsgemäß geleistet werden. Außenstände sind durch ihn anzumahnen und nach fruchtlosem Ablauf der hierbei gesetzten Zahlungsfrist dem Jagdvorsteher zur zwangsweisen Beitreibung zu melden.
  - 4. Der Barbestand der Kasse ist möglichst gering zu halten. Entbehrliche Barbestände sind unverzüglich auf ein Konto bei einem Kreditinstitut einzuzahlen und dort bestverzinslich anzulegen.
  - 5. Kassenfehlbeträge sind vom Kassenführer zu ersetzen; der Ersatz ist im Kassenbuch festzuhalten. Kassenüberschüsse sind als sonstige Einnahmen zu buchen. Bis zur Aufklärung ist der Kassenfehlbetrag als Vorschuss und der Kassenüberschuss als Verwahrung nachzuweisen.
- (2) Geschäftsjahr der Jagdgenossenschaft ist das Jagdjahr im Sinne des § 11 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes.
- (3) Die Einnahmen der Jagdgenossenschaft sind, soweit sie nicht zur Erfüllung der Aufgaben oder nach Maßgabe des Haushaltsplans zur Bildung von Rücklagen oder zu anderen Zwecken zu verwenden sind, an die Mitglieder auszuschütten. Durch den Beschluss über die Bildung von Rücklagen oder anderweitige Verwendung der Einnahmen wird der Anspruch der Jagdgenossen, die dem Beschluss nicht zugestimmt haben, auf Auszahlung ihres Anteils am Reinertrag der Jagdnutzung nach § 10 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes nicht berührt. Beschließt die Jagdgenossenschaft, den Reinertrag der Jagdnutzung an ihre Mitglieder auszuschütten, so erlischt der Anspruch eines Jagdgenossen auf Auszahlung seines Anteils am Reinertrag der Jagdnutzung, falls er nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Feststellung des Verteilungsplans schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Jagdvorstehers mit den zur Auszahlung erforderlichen Angaben geltend gemacht wird.
- (4) Von den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft dürfen Umlagen nur erhoben werden, und soweit dies zum Ausgleich des Haushaltsplans unabweisbar notwendig ist.

**§ 15 Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft**

Für die Jagdgenossen bestimmte Bekanntmachungen werden im Zuständigkeitsbereich der Jagdgenossenschaft in ortsüblicher Weise im Amtsblatt oder Schaukasten vorgenommen. Die Satzung ist für die Dauer von zwei Wochen im Rathaus der Gemeindeverwaltung öffentlich auszulegen.

**§ 16 Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- (1) Diese Satzung tritt mit dem Tag ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 20.12.1991 in der Fassung der Änderungen vom ..... außer Kraft.
- (2) Die Amtszeit des bei In-Kraft-Treten dieser Satzung amtierenden Jagdvorstehers, der in der Versammlung der Jagdgenossen vom 21.03.2014 gewählt wurde, endet mit dem 31. März 2019; § 9 Abs. 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.
- (3) Der erste Haushaltsplan nach § 13 Abs. 1 ist gegebenenfalls für das Geschäftsjahr 2014 / 2015 vorzunehmen. Vorstehende Satzung ist in der Versammlung der Jagdgenossen vom 21.03.2014 beschlossen worden.

Ort Unterbreizbach, den 22.03.2014

Der Vorstand:	
Vorsitzender Name Meinhard Pforr	Unterschrift .....
Stelvertreter Name Bernd Adler	Unterschrift.....
1.Beisitzer Name Rainer Krug	Unterschrift.....
2.Beisitzer Name Ernst Faber	Unterschrift.....

Vorstehende Satzung ist genehmigungsfrei.

**Verbrennen pflanzlicher Abfälle**

Gemäß Allgemeinverfügung des Landratsamtes Wartburgkreis ist das Verbrennen von trockenem, unbelastetem Baum- und Strauchschnitt, der nicht auf gewerblichen Grundstücken anfällt, nach Maßgabe der Thüringer Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen ausnahmsweise in der Zeit

**vom 01.03. bis 31.03.2015**

zulässig.

Hinweise

1. Die Verbrennung von unbelastetem, trockenem Baum- und Strauchschnitt ist ausschließlich zulässig, wenn eine Nutzung der vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis) angebotenen Entsorgungsmöglichkeiten nicht zumutbar ist und keine Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht. Die Möglichkeit zur Verbrennung trifft damit vorwiegend auf Grundstücke im Außenbereich (außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile) zu.
  2. Durch das Verbrennen, insbesondere durch Rauch oder Funkenflug, dürfen keine Gefahren, Nachteile oder erhebliche Belästigungen, für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Es ist insbesondere auf die Windrichtung und -geschwindigkeit zu achten. Bei starkem Wind ist das Feuer zu löschen.
  3. Die Pflanzenabfälle sind direkt vor dem Verbrennen aufzuschichten. Zum Schutz von Kleintieren sind bereits länger gelagerte Pflanzenabfälle unmittelbar vor der Verbrennung umzuschichten.
  4. Zum Anzünden und zur Unterstützung des Feuers dürfen keine anderen Stoffe, insbesondere keine häuslichen Abfälle, Reifen, Mineralölprodukte, brennbare Flüssigkeiten oder mit Schutzmitteln behandelte Hölzer benutzt werden.
  5. Folgende Mindestabstände sind einzuhalten:
    - 1,5 km zu Flugplätzen,
    - 50 m zu öffentlichen Straßen,
    - 100 m zu Lagern mit brennbaren Flüssigkeiten oder Druckgasen sowie zu Betrieben, in denen explosionsgefährliche oder brennbare Stoffe hergestellt, verarbeitet oder gelagert werden,
    - 20 m zu landwirtschaftlichen Flächen mit leicht entzündlichem Bewuchs,
    - 100 m zu Waldflächen, wobei besondere Trockenperioden, in denen in einzelnen Forstamtsbezirken höhere Waldbrandwarnstufen (ab Waldbrandwarnstufe II) bestehen, entsprechend zu berücksichtigen sind,
    - 15 m zu Öffnungen in Gebäudewänden, zu Gebäuden mit weicher Überdachung sowie zu Gebäuden mit brennbaren Außenverkleidung und
    - 5 m zur Grundstücksgrenze.
  6. Die Verbrennungsstellen auf bewachsenem Boden sind mit einem Schutzstreifen zu umgeben und nach Abschluss ausreichend mit Erde abzudecken oder mit Wasser zu löschen.
  7. Die Verbrennungsstellen sind zu beaufsichtigen bis Flammen und Glut erloschen sind. Eine Nachkontrolle ist zu gewährleisten.
- Verstöße gegen diese Allgemeinverfügung können im Einzelfall als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR geahndet werden.

**Impressum****Amtsblatt der  
Gemeinde Unterbreizbach**

**Herausgeber:** Die Gemeinde Unterbreizbach,  
Heinrich-Heine-Str. 3, 36414 Unterbreizbach

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Der Bürgermeister der Gemeinde Unterbreizbach

**Bezugsquelle:** Die Verteilung des Amtsblattes erfolgt kostenlos an alle erreichbaren Haushalte der Gemeinde Unterbreizbach.

**Einzelbezug:** Gemeinde Unterbreizbach, Heinrich-Heine-Str. 3, 36414 Unterbreizbach, kostenfrei

Verlag + Druck Linus Wittich KG, In den Folgen 43, 98704 Langeviesen,  
Telefon: 03677/2050-0, Telefax Redaktion: 03677/2050-21